

European Commission
DG Competition/State aids
Unit A3 - State aid Case Support and Policy
MADO 21/56 - Place Madou, 1
1210 - Saint-Josse-Ten-Noode

HT.5647_Reply_from_an_organisation

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Bundesverband Möbelspedition und Logistik (AMÖ) e.V. begrüßt die Überarbeitung der Verordnung über die De-minimis-Beihilfen.

Die Anpassung des Förderungshöchstbeitrags gemäß der seit Inkrafttreten der Verordnung 1407/2013/EU eingetretenen und voraussichtlich während der Geltungsdauer der neuen De-minimis-Verordnung eintretenden Inflation wird ausdrücklich als sinnvoll erachtet. Allerdings lässt sich derzeit das Ausmaß der Inflation während der Geltungsdauer der Verordnung noch nicht absehen.

Wir hinterfragen die Unterscheidung der Höchstbeträge für Unternehmen des gewerblichen Straßengüterverkehrs und der sonstigen gewerblichen Wirtschaft. Der Begründung in Erwägungsgrund (5), dass Straßengüterverkehrsunternehmen im Durchschnitt von einer geringen Größe seien, fehlt jeglicher Vergleichsbezug. Unklar ist, ob Umsatz, Kosten, Gewinn, Mitarbeiter oder sonstiges als Vergleichsmaßstab herangezogen werden. Die allgemeine Behauptung, dass ein Gewerbe im Durchschnitt von geringer Größe ist, trifft sicherlich auch auf andere Wirtschaftszweige insbesondere im Handwerk zu. In diesem Punkt sehen wir eine ungerechtfertigte und sachlich unbegründete Diskriminierung des gewerblichen Straßengüterverkehrs und fordern den Höchstbetrag von 275.000 Euro auch auf Unternehmen des Straßengüterverkehrs anzuwenden.

Der Erwägungsgrund (5) führt darüber hinaus Folgendes aus: „Die Erbringung einer umfassenden Dienstleistung, bei der die Beförderung nur ein Bestandteil ist, wie beispielsweise bei Umzugsdiensten, Post- und Kurierdiensten oder Abfallsammlungs- und -behandlungsdiensten, sollte nicht als Verkehrsdienstleistung gelten.“ Da die Wertschöpfung bei Umzugsdiensten tatsächlich nur zu einem geringen Anteil aus der Beförderung selbst besteht, begrüßen wir diese Ausführungen, wenn es denn einer Unterscheidung zwischen Straßengüterverkehrsunternehmen und sonstiger Wirtschaft überhaupt bedarf. Wir sehen dieses Anliegen jedoch nicht im Verordnungstext umgesetzt und bitten um eine entsprechende Ergänzung des

Verordnungstextes, sofern die Unterscheidung zwischen Straßengüterverkehr und sonstiger Wirtschaft nicht aufgehoben wird.

Artikel 3 Abs. 2 Unterabsatz 2 behandelt Unternehmen, die im gewerblichen Straßengüterverkehr und in anderen Bereichen tätig sind. „Ist ein Unternehmen sowohl im gewerblichen Straßengüterverkehr als auch in anderen Bereichen tätig, für die der Höchstbetrag von 275.000 EUR gilt, so gilt für das Unternehmen der Höchstbetrag von 275.000 EUR, sofern der betreffende Mitgliedstaat durch geeignete Mittel wie die Trennung der Tätigkeiten oder der Buchführung sicherstellt, dass die Förderung der Straßengüterverkehrstätigkeiten nicht mehr als 137.500 EUR beträgt und dass keine De-minimis-Beihilfen für den Erwerb von Fahrzeugen für den Straßengüterverkehr verwendet werden.“ Gemäß diesem Passus gilt für Unternehmen, die auch in anderen Bereichen als dem gewerblichen Straßengüterverkehr tätig sind, auch dass die De-minimis-Beihilfen nicht für den Erwerb von Fahrzeugen verwenden dürften. Unternehmen, die ausschließlich im gewerblichen Straßengüterverkehr tätig sind, dürften dem Wortlaut zufolge, die Beihilfen jedoch für den Erwerb von Fahrzeugen verwenden. Wir können keinen Grund erkennen, der eine Beschränkung der Mittelverwendung rechtfertigen würde. Die Unterscheidung zwischen Mischunternehmen und reinen Straßengüterverkehrstreibenden ist unbegründet, daher sachlich nicht nachvollziehbar und verursacht unnötige Bürokratie.

Darüber hinaus befinden wir uns in einer Phase der Transformation der gesamten Wirtschaft und hin zu Null-Emissionen. Die Dekarbonisierung erfordert hohe Investitionen gerade auch in die Nutzfahrzeuge. Diese Investitionen verursachen hohe Kosten. Es ist nicht nachvollziehbar, warum Unternehmen, die Straßengüterverkehr in Rein- oder Mischform betreiben, Mittel verwehrt werden sollen, die im Interesse der Allgemeinheit für die Umsetzung des Green Deals erforderlich sind. Wir fordern daher nochmals nachdrücklich, die Höhe der De-minimis-Förderung auch für den gewerblichen Straßengüterverkehr auf 275.000 EUR hochzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

**Bundesverband Möbelspedition
und Logistik (AMÖ) e.V.**

Dr. Ellen Troska
Stellv. Hauptgeschäftsführerin